

Handelsregister

Vanoli Immobilien Treuhand AG, in Küssnacht SZ, CHE-101.527.894, Aktiengesellschaft. Eingetragene Personen neu oder mutierend: Zimmermann, Benjamin, von Vitznau, in Vitznau, mit Kollektivprokura zu zweien.

C. Vanoli Generalunternehmung AG, in Küssnacht SZ, CHE-100.108.773, Aktiengesellschaft. Eingetragene Personen neu oder mutierend: Lotter, Stephan, deutscher Staatsangehöriger, in Lechbruck am See (D), mit Kollektivprokura zu zweien.

SWISS AMG Holdings AG, in Küssnacht SZ, CHE-115.992.033, Aktiengesellschaft. Gemäss Erklärung vom 24.2.2021 untersteht die Gesellschaft keiner ordentlichen Revision und verzichtet auf eine eingeschränkte Revision. Ausgeschiedene Personen und erloschene Unterschriften: SEFID Revision AG (CHE-101.369.211), in Cham, Revisionsstelle.

Schweizer Zuchtgenossenschaft für Arabische Pferde, in Küssnacht SZ, CHE-102.221.469, Genossenschaft. Die Rechtseinheit wird infolge Verlegung des Sitzes nach Thürnen im Handelsregister des Kantons Schwyz von Amtes wegen gelöst.

D.W.F. Holzbau AG, in Küssnacht SZ, CHE-114.914.929, Aktiengesellschaft. Zweigniederlassung neu: Gossau ZH (CHE-370.137.640).

Vorsteher Financial Services, in Küssnacht SZ, CHE-109.045.156, Einzelunternehmen. Das Einzelunternehmen ist infolge Geschäftsüberganges erloschen.

Eidgenössische Abstimmung

Braucht es das revidierte CO₂-Gesetz?

Dass FDP-Präsidentin Petra Gössi dereinst an vorderster Front für eine Umweltvorlage weibel würde, damit war vor ein paar Jahren nicht zu rechnen. **Tempi passati.** Nachdem ihre Fraktion Ende 2018 massgeblich dazu beigetragen hatte, dass ein erster Revisionsversuch des CO₂-Gesetzes scheiterte, schwenkte Gössi um, drängte ihre Partei zu einem Kurswechsel und trug 2020 zum Gelingen des zweiten Revisionsversuchs bei. **Über dessen Ergebnis wird am 13. Juni abgestimmt. Gar nichts mit dem neuen CO₂-Gesetz anfangen kann der Küssnacher SVP-Kantonsrat Samuel Lütolf. Er engagiert sich in einem kantonalen Komitee, das sich für ein Nein zum «missratenen CO₂-Gesetz» einsetzt. Nun kreuzt er mit Petra Gössi die Klingen.**

Die Schweiz und speziell die Berggebiete sind besonders vom Klimawandel betroffen. Wir wollen deshalb Massnahmen ergreifen, um die bereits heute sichtbaren Folgen zu vermindern. Hierzu haben wir im Parlament als typisch schweizerischen Kompromiss das CO₂-Gesetz angepasst. Dieses erfährt breite Unterstützung: der Bauernverband, die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Berggebiete, der Touring Club Schweiz (TCS), Holzbau Schweiz oder der Schweizer Alpenclub (SAC) haben die Ja-Parole beschlossen.

Im Zentrum des CO₂-Gesetz-Kompromisses steht das Verursacherprinzip: Wer mehr Schaden verursacht, muss entsprechend für die Konsequenzen geradestehen. Daraus können Kosten entstehen, das ist richtig – Kosten, die aber heute zu Lasten der nächsten Generationen gehen. Sie werden neu durch die heutigen Verursacher übernommen. Das ist

nur fair. Wer jetzt aber denkt, das würde zu massiven Kosten für alle Familien führen, liegt falsch. Die Mehrkosten für eine vierköpfige Familie beträgt im Schnitt rund neun Franken pro Monat, weil ein Grossteil der Einnahmen wieder an die Bevölkerung zurückverteilt wird. Besonders Rücksicht genommen hat das Parlament zudem auf Berggebiete und ländlichen Regio-



Petra Gössi
Nationalrätin FDP



nen, die über den Klimafonds mehr Unterstützung zur Bewältigung der Folgen des Klimawandels erhalten. Es zeigt sich: unsere Region profitiert doppelt. Wir können einerseits mehr in die Prävention investieren und profitieren andererseits aufgrund unserer Betroffenheit am meisten von mehr Klimaschutz.

Die Schweiz ist für 0,1% des weltweiten CO₂-Ausstosses verantwortlich. Das Ziel des CO₂-Gesetzes ist die Reduktion des Schweizer CO₂-Ausstosses um 50% bis 2030 gegenüber 1990. Das heisst, genau genommen reden wir nur über 0,05% des weltweiten CO₂-Ausstosses. In Anbetracht dieser Tatsache muss festgestellt werden, dass das CO₂-Gesetz



Samuel Lütolf
Kantonsrat SVP

der Umwelt oder dem Klima leider nichts bringt.

Es ist absurd, mit möglichen Auswirkungen der Klimaerwärmung für das CO₂-Gesetz zu argumentieren. Denn mit dem CO₂-Gesetz ändert sich nichts daran. Benzin oder Diesel wird bis zu 12 Rp. pro Liter teurer, das Heizöl wird bis zu 27 Rp. pro Liter teurer und es

wird eine Flugticketabgabe eingeführt von bis zu Fr. 120.– pro Flug. Die zusätzlichen Kosten für eine vierköpfige Familie werden auf ca. Fr. 1000.– pro Jahr geschätzt. Das Problem liegt darin, dass die ganzen Anstrengungen schlussendlich gar keinen messbaren Einfluss auf die Umwelt haben. Das Klima ist ein weltweites Phänomen und macht an keiner Landesgrenze halt.

Mit dem geplanten CO₂-Gesetz nehmen wir auch keine Vorbildfunktion ein. Das Gesetz ist extrem teuer und bringt auf der anderen Seite praktisch nichts. Kein anderes Land auf dieser Welt kann und will sich eine solche Politik leisten.

Die Familien, die Arbeiter, das Gewerbe und die eher ländliche Bevölkerung werden zur Kasse gebeten. Das Geld wird umverteilt und schafft soziale Ungerechtigkeit. Mit dem Klima hat es nichts zu tun. Aus diesen Gründen sollten wir das CO₂-Gesetz ablehnen.

SVP Küssnacht

Nein zur Pluralinitiative

Am 25. Mai konnte Präsident Roli Müller die Küssnacher SVP-Mitglieder erstmals wieder zu einer physischen Parteiversammlung begrüßen. Diese stand ganz im Zeichen der Abstimmungen vom 13. Juni.

pd. Was die kommunalen Abstimmungsvorlagen anbelangt, unterstützt die Küssnacher SVP alle Vorlagen des Bezirksrates. Dazu gehören die Übernahme der Groberschliessungsstrasse Zwimattstrasse, die Ausgabenbewilligung für die Realisierung des Projekts Renaturierung Dorfbach und Giessenbach sowie die Ausgabenbewilligung für die Realisierung der Erneuerung der Sportanlage Luterbach. Die Parteiversammlung lehnt die Pluralinitiative «Lebenswertes Dorfzentrum Küssnacht» nach Anhörung der Initianten hingegen ab. Die Neuauflage der Zentrumsgestaltung würde erneut Jahre kosten, dies alles ohne nennenswerte Vorteile.

Fünfmal Nein für nationale Vorlagen Bei den nationalen Abstimmungsvorlagen empfiehlt die Küssnacher SVP kurz und knapp fünf Mal ein

Nein. Das Gesetz für polizeiliche Massnahmen gegen Terrorismus (PMT) erläuterte der Präsident der JSVP Kanton Luzern, Patrick Zibung. Das Covid-Gesetz, das CO₂-Gesetz und beide Agrarinitiativen wurden von den anwesenden Mitgliedern gar einstimmig abgelehnt. Die teure Umverteilungspolitik, welche das CO₂-Gesetz vorsieht, erachten die SVP-Mitglieder als nutzlos im Bezug aufs Klima und total ungerecht was die Verteilung der Kosten angeht. Belastet werden vorwiegend Familien, das Gewerbe und die ländliche Bevölkerung. Für ein Referat zu den Pestizid- und die Trinkwasserinitiativen durfte die SVP Küssnacht den Schwyzer SVP-Nationalrat Marcel Dettling begrüßen. Die Agrarinitiativen sind aus Sicht der SVP definitiv zu extrem und schaden schlussendlich der Schweizer Landwirtschaft. Zum Schluss wurde der Küssnacher Kantonsrat Samuel Lütolf von der Ortspartei einstimmig für das Amt als politischer Sekretär der SVP Kanton Schwyz nominiert. Das Amt führt er zwar aktuell bereits interimistisch aus, offiziell zur Wahl steht er aber voraussichtlich am 1. Juli im Rahmen der Generalversammlung der Kantonalpartei.

FDP.Die Liberalen Küssnacht

Keine Unterstützung für Pluralinitiative

Vergangene Woche fand die hoffentlich letzte elektronisch abgehaltene Parteiversammlung der FDP Küssnacht statt, an welcher der Schwerpunkt auf der Vorstellung der Pluralinitiative durch die Initianten und der anschliessenden Diskussion lag.

pd. Zu Beginn der gut besuchten Versammlung hatten zwei der Initianten Gelegenheit, ihre Vorlage zu präsentieren, was sie kompetent und auf den Punkt gebracht taten. Anschliessend bot sich der Versammlung Gelegenheit für direkte Fragen. Im Zuge der entsprechenden Diskussion schälten sich drei Gegenargumente heraus, die am Ende zur Nein-Parole führten:

1. Die Visualisierungen sind zwar schön anzusehen. Da sie aber mit keinem Grundeigentümer besprochen wurden, steht in den Sternen, ob diese auch nur annähernd so umsetzbar sind. Im Ergebnis sind sie Augenwischerei.
2. Die Kosten von 2,8 Millionen, zusätzlich zu den 5,5 Millionen für die geplante Zentrumsgestaltung, sind zu hoch, auch weil völlig unklar ist, wie die Umsetzung aussähe (siehe Punkt 1 oben)
3. Naturgemäss ist niemand «gegen mehr Grün» im Dorf. Die FDP vertraut aber diesbezüglich weit-

gehend dem Bezirk, den Planern und den ausführenden Unternehmen, welche mit Sicherheit nicht die Absicht haben, aus unserem Dorf eine Betonwüste zu machen. Vielmehr sind die Visualisierungen wohl spärlich, aber dafür umsetzbar.

Kommunale Vorlagen

Die übrigen kommunalen Vorlagen wurden bereits an der letzten Parteiversammlung ausführlich besprochen, jedoch aufgrund der damals noch ausstehenden Bezirksgemeinde wurden keine Parolen gefasst, was es nun nachzuholen galt:

- Erneuerung Sportanlage Luterbach: Deutliches Ja
- Renaturierung Dorfbach und Giessenbach: Deutliches Ja
- Übernahme Groberschliessungsstrasse Zwimattstrasse: Ja

Trinkwasserinitiative und Co₂-Gesetz

Die Vorstandsmitglieder der FDP hatten anschliessend die Aufgabe, die eidgenössischen Vorlagen vorzustellen. Die beiden Volksinitiativen «Für sauberes Trinkwasser» und «Für eine Schweiz ohne Pestizide» wurden danach deutlich abgeschmettert. Während für die Trinkwasserinitiative doch einige Ja-Stimmen zu vermelden waren, stiess die Pestizidinitiative aufgrund ihrer extremen Forderungen kaum auf nennenswerte Zustimmung.

Anders sah es bei der Vorlage zum CO₂-Gesetz aus, worüber eine längere Diskussion entbrannte. Während Gegner aufgrund der enthaltenen Lenkungsabgaben, der hohen Kosten für die Industrie und den Autofahrer sowie der «Bestrafung» der ländlicheren Bevölkerung eine Ablehnung forderten, obsiegt am Ende knapp die Befürworter, welche die Vorzüge des Gesetzes und den dringenden Handlungsbedarf in Zusammenhang mit der «Klimakrise» in den Vordergrund stellten.

Covid-19- und Terrorismusgesetz

Das Bundesgesetz zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie hatte bei den liberalen Anwesenden zu Beginn einen schweren Stand, da es den Anschein erweckt, dem Bundesrat zusätzliche Kompetenzen einzuräumen. Zudem kam das Argument der Befürworter, dass bei Ablehnung des Gesetzes keine Hilfeforderungen mehr ausgerichtet würden, als eigentliche Nötigung bei den Liberalen denkbar schlecht an. Da es rechtsstaatlich aber nicht sein kann, dass der Bundesrat weiterhin auf Basis von Notrecht agiert – was mit dem Gesetz behoben wird – und weil die gesetzliche Verankerung der Härtefallzahlungen dringend nötig ist, überwogen am Ende die Befürworter.

Klar war die Zustimmung zum Terrorismus-Gesetz, welches weitgehend diskussionslos angenommen wurde.



Nationalrat Marcel Dettling, Parteipräsident und Kantonsrat Roli Müller, Bezirksrat René Hunziker, Kantonsrat Samuel Lütolf und Präsident JSVP Luzern Patrick Zibung (von links)
Foto: zvg